

Spangenberg Zeitung

Amthlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend nachmittag.
Bezugspreis vierteljährlich frei ins Haus
1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht
1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner
für Stadt

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag



Anzeiger
und Land.

Telefon Nr. 27.

Hugo Münzer, Spangenberg.

Amtsblatt
für das

R. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:

Die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.
für auswärtige 20 Pfg., Reklamezeile 30 Pfg.
Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 1.

Donnerstag, den 9. Januar 1919.

12. Jahrgang.

Amthlicher Teil.

Verachtung von Grundstücken.

Zwei steinerne Grundstücke, auf dem Bromsberg belegen, sollen fentlich verpachtet werden.

Termin erzu wird auf Donnerstag, den 9. Januar 12 Uhr mita, in das Sitzungszimmer des Rathhauses anberaunt.

Spangenberg, den 31. Dezember 1918.

Der Magistrat,
Schier.

Ännerung der Bachufer.

Die Ufer r Pflieffe und Gffe sind stellenweise derart mit Büschen bachsen, daß die Fischerei nicht ausgeübt werden kann.

Die Anlie werden hierdurch aufgefordert, das Buschwerk bis n 25. Januar zu entfernen.

Spangenberg den 5. Januar 1918.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Bekämpfung von Ungeziefer.

Der technis Ausschuß für Schädlingsbekämpfung zu Berlin W 66 Wilhelmstraße 45, empfiehlt sich zur Vernichtung der ischlichen Parasiten und des Ungeziefers mittels Blarregas. Er ist zur kostenlosen Erzielung von Auskün usw. bereit. Das Generalkommando weist empfehlend die Gelegenheit hin.

Wir raten igend, sich im Bedarfsfalle mit dem Ausschuß in Verbindung zu setzen.

Ein Merkblattas nähere Angaben enthält, kann hier eingesehen wer.

Spangenberg, 1 3. Januar 1919.

Der Magistrat, Schier

Koffelversorgung.

1. Die Kartoffzeuger haben bis zum 11. Januar in der Stadtschreibeanzeige, wieviel Kartoffeln aus der Ernte 1918 sie Versorgungsberechtigte geliefert haben. Die Lieferquitten — Abschnitte der Kartoffelbezugscheine — sind vzeigen.

Wer sich nicht det, schädigt sich selbst.

2. Die Kartoffelgcheine sind, soweit sie sich noch in den Händen der Vorgungsberechtigten befinden, bis zum 11. Januar in Stadtschreiberei abzuliefern. Die Lieferquittung muß am Lieferer abgetrennt sein.

Spangenberg, den Januar 1919.

Der Magistrat, Schier.

Ablieferg von Knochen.

Wir weisen nochm darauf hin, daß die Knochen abgeliefert werden müß Dies gilt auch für Pferdeknochen. Sammelstelle die Stadtschule.

Die Unterlassung Ablieferung ist strafbar.

Spangenberg, den Januar 1919.

Der Magistrat,
Schier

Anmeldung zur Irutierungsstammrolle.

Die männlichen Berh, die im Jahre 1899 geboren sind, haben sich bis 15. Januar in der Stadtschreiberei zur Rekrutierungsmrolle anzumelden. Soweit die Leute auswärts ren sind, ist bei der Anmeldung eine Geburtsurkunde zulegen.

Spangenberg den 3. ar 1918.

Der Magistrat,
Schier.

Benutzung der Badeanstalt in der Stadtschule.

Zur Förderung der utlichen Gesundheitspflege haben die städtischen Körperersten beschlossen, die Badeanstalt in der Stadtschule zu Benetzung durch die gesamte Bewohnererschaft freigege.

Die Badeanstalt ist einm in der Woche und zwar Freitag nachmittag von 1 Uhr geöffnet. Vorbedingung ist, daß die Kohlen- und Wasserhältnisse die Benetzung der Badeanstalt gestatten.

Der Preis für ein einzelnes Bad (Wannenbad) beträgt 1 Mark (einschl. Trinkgel) Es sind zwei Wannen vorhanden.

Wer baden will, hat an de vorhergehenden Tagen — bis 7 Uhr nachmittags — beim Bademeister (Schuldiener) eine Badefarte zu lösen. e rechtzeitige Lösung

ist unerlässlich, weil — des Kohlen- und Wasserverbrauchs wegen — die Badeanstalt nur bei genügender Benetzung in Betrieb genommen werden kann.

Personen, die erst vor kurzem von einer ansteckenden Krankheit genesen sind, werden nicht zugelassen.

Die Einwohner werden hierdurch aufgefordert, von der Babegelegenheit regen Gebrauch zu machen.

Spangenberg, den 5. Januar 1919.

Der Magistrat
Schier.

Hauschlachtungen.

Nach den erlassenen Bestimmungen darf eine Hauschlachtung erst ausgeführt werden, wenn der genehmigte Schlachtschein im Besitz des Viehhalters ist. Auch die Fleischbeschauer dürfen die Beschau von hausgeschlachteten Tieren erst vornehmen, wenn die Genehmigung vorliegt. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Melsungen, den 18. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Baustoffe.

Für Eisen sind Verwendungsverbote und Freigabeverfahren aufgehoben.

Anträge auf Zuweisung von Zement für Bauten sind künftig an die zuständigen Zementverbände (Zementverkaufsstelle) zu richten.

Ziegelsteine werden bis auf Weiteres noch von den Kriegsamtsstellen öffentlich bewirtschaftet. Ihre Freigabe kann auf Grund der polizeilichen Bauerlaubnis beantragt werden.

Melsungen, den 20. Dezember 1918.

Demobilisierungsausschuß.

Wiederaufnahme der Arbeit durch Heeresentlassene in Cassel-Stadt und Land.

Durch Bekanntmachung vom 25. v. Mts. ist angeordnet worden, daß alle aus dem Felde Zurückkehrenden in ihren alten Arbeitsstätten Aufnahme finden sollen. Dabei ist vorausgesetzt, daß sich der Arbeitssuchende alsbald meldet. Wenn er sich nicht binnen 14 Tagen nach seiner Entlassung bei dem Arbeitgeber gemeldet hat, erlischt die Verpflichtung, ihn einzustellen und ist der Arbeitgeber berechtigt, die offene Stelle mit einem anderen Arbeitssuchenden zu besetzen.

Melsungen, den 23. Dezember 1918.

Demobilisierungsausschuß.

Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reichs.

Wer sich unbefugt im Besitz von Waffen befindet, die aus Heeresbeständen stammen, hat sie bis zum 6. Januar 1919 an das nächstgelegene Garnisonkommando abzuliefern. Das gleiche gilt für den, der Heeresgerät und Heeresgut sonstiger Art (Fahrzeuge, Pferde usw.) in Besitz hat, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb überweisen zu können.

Die Unterlassung ist mit hohen Strafen bedroht. Dagegen bleibt die unrechtmäßige Aneignung von Gegenständen, die fristgemäß abgeliefert werden, straffrei.

Spangenberg, den 31. Dezember 1918.

Die Polizeiverwaltung,
Schier.

Fleischverkauf.

In der laufenden Woche schlachten:

	Kinder	Kälber	Schafe.
Aug. Engeroth	1/4	—	—
Frch. Engeroth	1/8	1/2	—
Moses Rag	1/8	1	—
Aug. Meurer	1/4	—	—
Johs. Meurer	1/8	—	—
Friedr. Stöhr	1/8	1/2	—

Spangenberg, den 7. Januar 1919.

Die Fleischverkaufsstelle. Schier.

Erstmalige Entrichtung der Umsatzsteuer

für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personeneinigungen aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte für 1. 8.—31. 12. 18 bis spätestens Ende Januar 1919 dem unterzeichneten

Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satz von 5 v. T. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte in einem Kalenderjahre nicht mehr als 3000 Mk. beträgt; sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wesentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Bordrucke zu verwenden, die den Steuerpflichtigen noch zugehen.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Bordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholene Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Spangenberg, den 31. Dezember 1918.

Städtisches Umsatzsteueramt,
Schier.

Abgabe von Kleiemelasse.

Der Kreis hat mehrere hundert Zentner Kleiemelasse abzugeben, die hauptsächlich an Pferde in kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben verteilt werden sollen.

Bestellungen sind bis zum 10. Januar an die Kreiswirtschaftsstelle, Besch.-Abt. 1, einzureichen.

Melsungen, den 2. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

Zulagen zu Alters-, Invalidenrenten usw.

Für das Jahr 1919 soll den Altersrentenempfängern, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Auslande aufhalten, eine monatliche Zulage von 8 Mark gewährt werden. Die zunächst fürs laufende Jahr bewilligt gewesenen Zulagen an Invaliden-, Witwen- und Witwerrentenempfänger bleiben ebenfalls für 1919 bestehen. Die Zahlung erfolgt wie bisher.

Melsungen, den 21. Dezember 1918.

Das Versicherungsamt.

Verkauf von Fahrzeugen.

Vom Traindepot 11 A.-R. werden am Donnerstag, den 9. d. M., morgens 1/2 10 Uhr auf dem Gzerzierplatz bei Waldau Fahrzeuge, nicht militärischer Art, versteigert. Gleichzeitig kommt auch eine Anzahl leichter, kleiner Bauernwagen sowie anderer landesüblicher Fahrzeuge zum Verkauf.

Melsungen den 6. Januar 1919.

Der Landrat.

Hufruf.

Wegen des beschleunigten Abtransportes der Truppen in ihre Demobilisierungsorte müssen von der Heeresleitung allenthalben Depots und Wagenparcs aller Art angelegt werden. Die Räumlichkeiten und Plätze sind oft wenig für die Anlage der Depots geeignet, müssen aber mangels anderer Räumlichkeiten genommen werden, um Eingriffe in Betriebe, die geeignetere Räume besitzen, zu vermeiden. (Fortsetzung siehe Seite 3).

Aus der Heimat.

Spangenberg, 8. Januar 1919. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonnabend von der Ortsgruppe Spangenberg der Deutsch-Demokratischen Partei im Heinz'schen Saale veranstaltete Versammlung. Der große Saal war wieder bis auf den letzten Platz besetzt, ein Beweis dafür, daß die Deutsch-Demokratische Partei in unserer Stadt und in der Umgegend schon zahlreiche Anhänger hat. Als erster Redner sprach Landwirt Trieschmann, Oberellenbach, der auf der Kandidatenliste der Deutsch-Demokratischen Partei an fünfter Stelle steht, über das Thema: „Der Landwirt im neuen Staate.“ Er sprach in der Hauptsache zu seinen Berufsgenossen und entwickelte von seinem Standpunkte aus die Ziele, die die deutsche Landwirtschaft in Zukunft verfolgen müsse, um an dem Aufbau des deutschen Vaterlandes mitzuwirken und einen starken Bauernstand zu bekommen. Seine gut durchdachten Ausführungen fanden kühnsten Beifall. Um so eigentümlicher berührte das Verhalten des als ersten Diskussionsredner auftretenden Herrn Conrad Siebert (gen. Vog) welcher behauptete, ein einfacher Landwirt sei nicht in der Lage, eine solche gut-durchdachte Rede zu halten, sie müsse ihm vorgelesen sein und er hätte sie auswendig gelernt. Die Versammlung nahm seine unsachlichen Ausführungen mit großer Heiterkeit entgegen und zollte Herrn Trieschmann erneut Beifall, als er seine Schlagfertigkeit durch seine Antwort bewies, indem er ausführte, daß es traurig um den Bauernstand bestellt wäre, wenn aus der wirklichen Bauernschaft keiner fähig sei, öffentlich aufzutreten und geistig ihren Stand zu vertreten. Er wies den Angriff nochmals zurück, indem er sagte, daß ein derartiger Angriff eine starke Beleidigung für den Bauernstand sei. Im zweiten Teil sprach Fräulein Müller aus Cassel über: „Die Frau und die Politik.“ In recht verständnisvoller Weise legte die Rednerin in der Hauptsache den zahlreichen Frauen Spangenberg's aus, auf alle Fälle ihre Pflicht, zur Wahlurne zu schreiten, zu erfüllen, da sie hierdurch nicht nur sich selbst, sondern auch dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen würden. Ihre klaren Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der stattlichen Versammlung.

Die Deutsch-Demokratische Partei, Ortsgruppe Spangenberg, hielt in folgenden umliegenden Dörfern in der letzten Woche gut besuchte Versammlungen ab: Nauß, Bischofferode, Malsfeld, Altmorschen, Bergheim, Mörschhausen, Heinebach. Alle diese Versammlungen hatten den Erfolg, daß zahlreiche Wähler und Wählerinnen der Deutsch-Demokratischen Partei beitraten, da die unter den Zuhörern am meisten vertretenen Landwirte in den Zielen der Deutsch-Demokratischen Partei, besonders in Bezug auf Erhaltung des Privatbesitzes und so der eigenen Scholle einerseits, und andererseits Abschaffung der veralteten Feudal-Rechte (der Stimmrechte der Gutsbezirke usw., die besondere Rechte hatten) und Aufteilung der großen Güter, Fidei-Kommissionen usw. zu Bauern-Gütern, ihre Interessen gut vertreten fanden. Durch den Beitritt zu der genannten Partei verhindert die Landbevölkerung gegebenenfalls ein Einsetzen und Wiederaufleben reaktionärer Strömungen, wie sie allem Anschein nach durch die ganz rechts-stehende Deutsch-Nationale Volkspartei geplant wird.

St. Römische Zeitung vom 4. Januar 1919, Nr. 8 haben die Pfarrer der 23 evangelischen Kirchengemeinden der Synode Koblenz folgende Erklärung beschlossen: In der Frage der Trennung von Staat und Kirche auf dem Gebiet der Schule weisen wir die willkürlichen diktatorischen Verfügungen der vorläufigen Regierung mit aller Schärfe zurück. Von der Nationalversammlung hoffen wir, daß unter allen Umständen die Würde, die Rechte, die Freiheit und die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der evangelischen Kirche gewahrt bleiben. Für die Schule hoffen wir die Beibehaltung des bisherigen lehrplanmäßigen konfessionellen Religionsunterrichts. Wir erklären es für unbedingte Pflicht aller christlich gesinnten Männer und Frauen, Junglinge und Jungfrauen, das Wahlrecht auszuüben. Auf eine Partei wollen und können wir unsere Gemeindeglieder nicht festlegen, doch empfehlen wir ihnen die gemeinsame Wahlliste der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei.

Wir möchten hiermit nochmals auf den am 12. Jan. im Heinz'schen Saale abends 8 Uhr stattfindenden Wiederabend von Heinz Closs aufmerksam machen. Der Sänger wird an diesem Abend das wirklich schöne Lautenlied in reiner vollstimmlicher Weise zu Gehör bringen. Die Wahl seiner Lieder, die meistens heiteren Inhaltes sind, ist einzig schön. Es wird den Zuhörern an diesem Abend ein selten schöner Genuß bereitet werden. — Casseler Zeitungen schreiben über seinen dortigen Abend u. a. folgendes: Es bedarf bei Heinz Closs nur eines Liedes und er sitzt in der Gunst der Zuhörer fest. — Seine einfache, ungekünstelte Vortragweise, die unbedingte Sicherheit seines Gedächtnisses, die Fröhlichkeit seines Humors, dazu die angenehme Stimme, die deutliche Aussprache, sichern ihm dauernden Erfolg auf seinem Gebiete als Sänger zur Laute. — Der Vortragssaal war überfüllt; man stand in den Gängen, saß auf den Fensterbrüstungen und gab unendlichen Beifall.

Bänern. In Bäuer Holz fand der Förster einen Mann an einem Ast hängend tot auf. Der in den 50er Jahren lebende gutgekleidete, mittelgroße Mann, mit schmalem bartlosem Gesicht, Glase und blondmelierten Haar muß schon etwa sechs Wochen dort gehangen haben. Der unbekannt Tote fand auf dem Dorf Kirchhof sein kühles Grab.

Hersfeld. Im Zeichen der Papiernot bringt die Hersfelder Zeitung eine Ausgabe heraus, bei der man im Zweifel sein muß, ob der Druck oder das Papier dunkler ist.

Erklärungen des Grafen Broddorff.

„Einen Frieden der Gewalt lehne ich ab.“

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Broddorff-Ranzau, hat nach Uebernahme seines Amtes einen Pressevertreter empfangen und diesem auf seine Frage über die Richtlinien, die er in der Politik zu verfolgen beabsichtige, nachstehende Erklärung abgegeben:

„Mein Bestreben wird sein, Wahrheit und Offenheit dem eigenen Volke wie dem Auslande gegenüber. Das deutsche Volk soll im Unglück seine innere Größe und Würde bewahren, Selbsterniedrigung wie Ueberhebung vermeiden. Zu meinem Teile hierzu beizutragen, bin ich entschlossen. Den Frieden will ich verhandeln und schließen als einen Frieden des Rechts.“

Einen Frieden der Gewalt, der Vernichtung und Versklavung lehne ich ab. Manche unserer Gegner verdächtigen die Revolution als den Versuch Deutschlands, sich den aus der Annahme des Wilson'schen Programms folgenden Verpflichtungen zu entziehen. Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie der Glaube irrig ist, das Deutschland der Revolution werde sich demütig den Forderungen der reinen Gewalt beugen.

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird dafür gesorgt werden, daß Deutschland seine Zusagen gewissenhaft einlöst, aber nicht um die Breite eines Haares über das hinausgeht, was es als recht anerkannt hat. Ein Grundrecht der Völker ist das Recht der Selbstbestimmung. Unsere Gegner haben es nicht nur anerkannt, sondern zum Kampfruf gemacht; Deutschland erkennt es gleichfalls an, fordert es aber auch für sich. Wenn der Grundsatz gelten soll: „Der Balkan den Balkanvölkern“, so wird es auch heißen müssen: „Deutschland den Deutschen“.

Das sind die ersten energischen Worte, die seit langer Zeit von einem Mitgliede der deutschen Regierung dem Auslande gegenüber gebraucht worden sind. Es war dazu auch die höchste Zeit. Bisher haben die deutschen leitenden Männer einseitig zugehört, wie kleine und kleinste Nationen an den Grenzen ein Stück deutschen Landes nach dem anderen herausgerissen oder herauszureißen sich anstrebten, um den Friedenskongreß vor vollendete Tatsachen zu stellen. In Paris wie in London werden die Stimmen immer zahlreicher, die von einem Wilson-Frieden abrücken und für eine völlige Versklavung des deutschen Volkes, seine Zersplitterung und eine Kriegsschädigung eintreten, für deren Aufbringung ganze Generationen lang gearbeitet werden müßte.

Graf Broddorff zieht zwischen seinem Standpunkt und dem der Entente-Politiker einen deutlichen Strich und lehnt einen Frieden der Vernichtung für Deutschland ab. Er verlangt Deutschland für die Deutschen und stellt sich damit auch den Raubgütern der Tschechen und Polen entgegen.

Der neue Staatssekretär wird seine energischen Worte aber nur verwirklichen können, wenn hinter der Regierung eine tatsächliche Macht steht, die unter den gegebenen Verhältnissen nur eine militärische Macht sein kann. Erfreulicherweise gedenkt ja die Regierung die nötigen Kräfte zu mobilisieren, um zunächst einmal Ruhe und Ordnung im Osten zu schaffen. Die Wiederaufstellung eines wenn auch kleinen, so doch festgefügtten, disziplinierten Heeres würde aber auch bei den Friedensverhandlungen als vorteilhaftes Moment für uns in die Waagschale fallen.

Adolf Hoffmanns Rücktritt?

Der Unwille, der sich gegen die Amtsführung des Kultusministers Adolf Hoffmann geltend macht, scheint jetzt allgemein zu sein.

Wie man aus der Presse ersieht, bringen die Blätter aller Richtungen, von der „Germania“ bis zum „Vorwärts“, Artikel, die sich gegen die Willkür Hoffmanns richten. Ganz besonders hat Hoffmann sich die erbitterte Gegnerschaft nicht nur der katholischen, sondern auch der evangelischen Kirche aller Richtungen zugezogen.

Auf der Ministerialkonferenz zu Breslau, an der der Volksbeauftragte Landsberg und Minister Girsch teilnahmen, wurde von den maßgebenden Persönlichkeiten Schlesiens erklärt, daß der Rücktritt des Ministers Hoffmann zur Klärung aller in Schlesien schwebenden Streitfragen wesentlich beitragen würde. Inzwischen ist auch ein scharfer Protest von den Adolf Hoffmann unterstellten Beamten, sowohl der Kunst- wie auch der Kirchenabteilung, gegen die Art seiner Amtsführung an das Staatsministerium abgegangen.

Im Hinblick auf alle diese Vorkommnisse hat Minister Gaenisch die Erklärung abgegeben, daß er nicht gewillt sei, mit Adolf Hoffmann, der trotz des Rücktritts der unabhängigen Volksbeauftragten an seinem Ministerseßel zu bleiben scheint, weiterhin zusammenzuarbeiten. Gaenisch würde also demnächst sein Amt niederlegen, wenn Hoffmann es nicht doch noch vorziehen sollte, „einwillig“ auszuscheiden.

Wie das „Be.“-Tagebl. wissen will, soll die Entscheidung bereit gefallen sein. Das Blatt schreibt:

„Wie wir hören, ist in der Frage, ob die Mitglieder der unabhängigen sozialdemokratischen Partei auf den Ministerposten in Preußen bleiben oder nicht, bereits eine grundsätzliche Entscheidung gefallen. Es wurde vereinbart, daß die Zugehörigkeit zu der unabhängigen Partei kein Hindernis für das Verbleiben des einzelnen Ministers im Amte sein soll. Ueber einzelne Persönlichkeiten des preußischen Ministeriums ist bereits entschieden: so dürfte es als

stärker gelten, daß Adolf Hoffmann das Kultusministerium verläßt. Mit dem Rücktritt Adolf Hoffmanns würde auch der offene Konflikt zwischen den beiden preussischen Kultusministern beendigt sein.“

Ein vertrauliches Telegramm Hindenburgs.

In der Sitzung des Kabinetts Ober-Haase vom 28. Dezember brachten die Unabhängigen ein Telegramm Hindenburgs an das Armeeoberkommando Ost zur Sprache und legt dem Zentralrat die Frage vor, ob er dieses Telegramm billige. Der Zentralrat hat zwar das Telegramm nicht gebilligt, aber auch dem Verlangen der Unabhängigen nach Entfernung Hindenburgs nicht entsprochen.

Das Telegramm hat, wie jetzt bekannt wird, folgenden Wortlaut:

„Ich erkenne die vom Zentralrat der U- und S.-Räte gefaßte Resolution betreffend Verordnung über das Heereswesen, insbesondere in der Stellung der Offiziere und Unteroffiziere, nicht an. Ich bin der Auffassung, daß eine solche tief in das Leben der Nation und des Heeres einschneidende Veränderung nicht von einer einseitigen Stabsvertretung, sondern nur von der durch das ganze Volk berufenen Nationalversammlung getroffen werden kann.“

Das Heer steht nach wie vor zu der Regierung Ober und erwartet von dieser Regierung, daß sie die ihm gegebene Zusage über den Bestand des Heeres und Richtlinien über die Befugnisse der Vertrauensmänner des Heeres weiter als abgehend anerkennt und dadurch dem Offizier- und Unteroffizierkorps ermöglicht wird, weiter Dier zu tun.

Ich bin in diesem Sinne bei der Regierung vorstellig geworden. Es bleibt deshalb bei den bisherigen Befehlen.

gez. Hindenburg.“

Auch die militärischen Mitglieder der Waffenstillstandskommission haben erklärt, daß sie ihre Aemter niederlegen würden, wenn den Offizieren das Recht auf Rangabzeichen und Waffen genommen würde. Die Herren Haase, Dittmann und Barth wollten darauf ihnen persönlich dieses Recht für die Zwecke der Waffenstillstandsverhandlungen belassen, was indessen abgelehnt wurde.

Zwischen Krieg und Frieden.

Der neue Kriegsminister.

Der Kriegsminister Scheuch haben von ihm erbetenen Abschied jetzt erhalten, seinem Nachfolger ist der württembergische Oberst Inhardt ernannt worden.

Oberst Reinhardt gehörte zudem Kriege dem württembergischen Kriegsministerium als Vorsteher des Topographischen Bureaus an und wurde dann in den Großen Generalstab versetzt. Im Krieg war er zu Oberst Chef des Stabes eines Armee-Kommandos, wurde im April d. Js. zu seinem jetzigen Posten befördert und übernahm bei Beginn der Mobilisierung des neuen Demobilisierungs-Departement im preussischen Kriegsministerium.

Die Verabschiedung des Admirals Scheer.

Dem bisherigen Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral Scheer, dem Sie in der Skagerrak-Schlacht, ist der nachgesuchte Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt worden.

Die Demobilisierung des Marinekorps.

Untlich wird mitgeteilt:

Sämtliche Marinetruppenteile des früheren Marinekorps sind aufgelöst. Die Entwicklung dieser aufgelösten Truppenteile und Divisionen erfolgt beim Generalkommando des Marinekorps in Wilhelmshaven, dem eine Umwidlung der Verwaltung des Marinekorps angegliedert ist.

Der Kampf geg Eichhorn.

Den wichtigen Posten des Berliner Polizei-Präsidenten hat z. Bt. noch d Unabhängige Eichhorn inne, der, wie ihm öffentl vorgeworfen wird, wegen des monatlichen Gehalt von 1500 Mark an seinem Amte klebt, das er z Propaganda für seine Partei mißbraucht. Außerdem hat er die Belieferung der Soldatenwehr mit Waffen verhindert, wohl aber an Zivilpersonen Waffen verteilen lassen.

Und die Regierung bngt nicht so viel Energie auf, um diesem merkwürdigen Polizeipräsidenten den Stuhl vor die Tür zu ben.

Keine tschechische Drohung Sachsens.

Mitglieder des Bayer U- und S.-Rates haben die nordböhmischen Gebiete bereist bis in die Gegend von Reichenberg, und feststellen können, daß Vorberreitungen zu einem Einzug auf sächsisches Gebiet nirgends gefunden worden sind.

Anschlag auf die deutsch-österreichische Botschaft in München.

Der bayerische Minister des Außern, Kurt Eisner, teilt mit, daß vom Ministerium des Außern eine Depesche an den Staatssekretär des Auswärtigen in Wien abgesandt worden ist, des Inhalts, in der Nacht vom 1. zum 2. Januar habe der Geschäftsführer des Bundes Deutschösterreich in München, Karl Mandel, mit Hilfe bayerischer polizeilicher und militärischer Wachmannschaften sowohl die österreichische Gesandtschaft wie das österreichische Konsulat besetzt.

Er, Eisner, habe noch in der Nacht die Befreiung der Gesandtschaft und des Konsulats herbeigeführt und die Gesandtschaft unter seinen Schutz gestellt. Wegen dieser Völkerrechtsverletzung bitte er die Regierung Deutschösterreichs um Entschuldigung. Die von ihm verfügte Verhaftung Mandels sei wieder aufgehoben worden, da der bisherige österreichische Gesandte, Graf Bruffele, selbst erklärt habe, er lege auf die Verhaftung keinen Wert.

Vollstimmigkeit in Südtirol.

Aus Innsbruck wird von deutsch-nationale Seite gemeldet, daß die Italiener im besetzten Südtirol Vorbereitungen zu einer allgemeinen Volksstimmung über die Zugehörigkeit des Landes bis zur Brennerlinie treffen. Sämtliche Ortsbehörden hten von dem italienischen Kommando den Auftragerhalten, schleunigst Verzeichnisse aller in Südtirol wohnhaften Einwohner anzulegen und zur Lage zu bringen. Es sollen jedoch nicht alle Einwohner, sondern nur die in Südtirol heimathlichen aufgenommen werden.

Clemenceau für Mäßigung?

In einer Kammerrede sagte Clemenceau u. folgendes:

„Unser ungeheurer Sieg darf nicht um seine moralische Wirkung zum Wohle der Menschheit gebracht werden. Daß ich fähig bin, für die allgemeinen Interessen Opfer zu bringen, werden Sie sehen, denn Sie werden ja die Friedenspräliminarien erörtern.“

Schwere Dampfer-Unfälle.

Am Neujahrstage ereignete sich in den Morgenstunden bei Stornoway (Hebriden) ein schweres Schiffsunglück. Eine Dampfschiff, die 300 Matrosen nach ihren Wohnort bringen wollte, lief so scharf auf eine Felsenklippe am Hafeneingang auf, daß sie vollständig vernichtet wurde. 50 Matrosen gelang es, an Land zu kommen. Viele von ihnen waren schwer verletzt. Man fürchtet, daß alle übrigen in den Fluten umgekommen sind.

An der Küste von Fire Island ist das amerikanische Hospitalschiff „Northern Pacific“ mit 1744 Verwundeten und 705 unverwundeten Soldaten und 198 Schiffsmannschaften an Bord infolge Nebels gestrandet und in gefährlicher Lage.

Kellnerstreik in Newyork.

Am Silvesterabend haben in den Restaurants von Newyork 35 000 Kellner mitten während des Festes die Arbeit niedergelegt, weil man sich weigerte, ihren Lohn auf drei Pfund Sterling pro Woche zu erhöhen. Es war aber mit diesem Zwischenfall gerechnet worden, und Zimmermädchen, Kellnerinnen und entlassene Soldaten und Matrosen in Uniformen übernahmen den Dienst für die Kellner.

Die Regierung an Süddeutschland.

Auf die Kundgebung der süddeutschen Staaten an die Reichsregierung hat der Vorsitzende der Reichsregierung, Ebert, an den Ministerpräsidenten Blos in Stuttgart folgendes Telegramm gerichtet:

„Vor endgültiger Erklärung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Konferenz der süddeutschen Regierungen vom 27. und 28. Dezember sind Verhandlungen mit mehreren Reichsämtern erforderlich, die sofort eingeleitet sind. Endgültige Antwort erfolgt baldigst. Wir werden alles tun, um die Witwirkung der deutschen Freistaaten an den Reichsgeschäften sicherzustellen und bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung nach Möglichkeit zu gewährleisten.“

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Zahl der streikenden Bergleute im Oberhaufener Revier hat eine Verringerung erfahren. Auf der Zeche Osterfeld ist Donnerstag nachmittag die Arbeit wiederaufgenommen worden. Als eine Notte Spartakusleute, mit Maschinengewehren bewaffnet, von Hamborn kommend nach Oberhausen zog, wurde sie vom Militär zurückgejagt. Die Maschinengewehre wurden den Spartakusleuten abgenommen.

Die Polen proklamieren Wahlenthaltung.

Das polnische Provinzialwahlkomitee für Posen proklamiert Wahlenthaltung für die bevorstehenden Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Die Streikbewegung in Oberschlesien beendet?

Die Verhandlungen, die in Kattowitz zwischen den Volksbeauftragten Hirsch und Landsberg, den Gewerkschaftsführern und den Vertretern der streikenden Arbeiter stattfanden, haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wollen.

Es ist vereinbart worden, daß über die Forderungen der Arbeiter in einer Besprechung von Vertretern derselben sowie der Unternehmer unter Mitwirkung der Regierung noch vor dem 15. Januar verhandelt werden soll.

vermeiden. So steht das Staatseigentum häufig jedem Zugriff offen unter nur geringer Bewachung da. Es muß von der Bevölkerung erwartet werden, daß sie begreift daß sie selbst für dieses Staatseigentum einen Schutz darstellen muß, bis die Vergung mittels Eisenbahn in die zuktändigen entfernten Artillerie- und Traindepots durchgeführt werden kann.

Es ergeht daher die dringende Aufforderung an Alle, mit dafür zu sorgen, daß keine unbefugten Eingriffe in Heeresgut vorgenommen werden, die auch durch die Verordnung vom 19. Dezember 1918 unter besonders hohe Strafen gestellt sind.

Es helfe ein jeder mit dafür zu sorgen, daß das staatliche Eigentum erhalten wird. Mehr wie je ist der Staat auf die Mitarbeit der Volksgesamtheit angewiesen. Cassel, den 20. Dezember 1918.

Der Regierungs-Präsident u. Demobilisierungskommissar.

Beschaffung von Arbeit.

Um der Arbeitslosigkeit zu steuern, empfiehlt es sich Ausbesserungen von Häusern, in Wohnungen, an Möbeln usw. möglichst bald in Auftrag zu geben.

Melsungen, den 27. Dezember 1918.
Der Demobilisierungsausschuß.

Lehrgänge für landwirtschaftliche Beamte.

Wie uns das landwirtschaftliche Technikum in Münster i. W. mitteilt, beginnen vom 1. Januar 1919 und

Zu den Steuerplänen der Reichsregierung.

Die in diesen Tagen in der Presse veröffentlichten Steuerpläne der Reichsregierung bedeuten nach der „Dt. Allg. Ztg.“ nur ein Programm, dessen Ausführung von der Zustimmung der dazu verfassungsmäßig zu berufenden Organe abhängig ist. Das gilt auch von der für das Rechnungsjahr 1919 in Aussicht genommenen Wiederholung einer außerordentlichen Kriegsabgabe und von der außerordentlichen Abgabe von dem während der ganzen Kriegszeit eingetretenen Vermögenszuwachs. Die ursprüngliche Absicht, die Bestimmungen über die beiden erwähnten Abgaben im Verordnungswege zu erlassen, ist aufgegeben worden. Vielmehr werden nur die Entwürfe als Erlaß veröffentlicht werden, um sie der Allgemeinheit so rasch wie möglich zur Kenntnisnahme und Beurteilung zu unterbreiten.

Der gebrochene Frieden von Hohensalza.

Der Magistrat in Bromberg teilt mit, daß bei den in Hohensalza, die zwischen den Vertretern der Städte Posen, Gnesen, Hohensalza und Bromberg mit den Polen gepflogen wurden, dahin eine Einigung erzielt worden ist, daß sofort alle Feindseligkeiten eingestellt werden. Weitere Verhandlungen in Verbindung mit der Berliner Regierung werden in den nächsten Tagen stattfinden. Bis dahin sind, wie erwähnt, alle Feindseligkeiten einzustellen. Die Polen behalten die bisher von ihnen besetzten Gebiete, dürfen aber weitere nicht besetzen.

Der Friede hat aber nicht lange gedauert.

Nach Mitteilungen des Bromberger Volkzugsrates sind die in Hohensalza getroffenen Vereinbarungen von den Polen nicht gehalten worden. Sofort nach Schluß der Verhandlungen, als die Vertreter diezüge belegen hatten, sind Unruhen in Hohensalza ausgebrochen. Post, Magistrat und Polizei wurden durch Polen besetzt, sind aber inzwischen von den deutschen Truppen wieder freigemacht worden. In Strelno wird gekämpft. Kruschwitz ist durch die Polen erobert und besezt.

Der Zustand des Kaisers.

Professor Förster aus Amsterdam, der den früheren Kaiser behandelt, äußert sich zum „Allgemeinen Handelsblatt“ über den Gesundheitszustand des Patienten. Er hob hervor, daß dessen seelischer Verfassung sicherlich das Mitleid jedes anständigen Menschen herausfordere. Das Lesen von Zeitungen habe völlig verboten werden müssen. Schwere Sorge bereite auch dem Kaiser die falsche Beurteilung seiner Flucht, die nach seiner Ansicht doch unabwendbar geworden war.

Wartende Note an Deutschland.

Bei einer holländischen Meldung haben die Alliierten in Hinblick auf die Entwicklung der Lage in Deutschland der deutschen Regierung eine warnende Note gerndt. Der Vertreter des Marschalls Foch hat der Waffenstillstandskommission erklärt, daß, falls die bolschewistischen Elemente in Deutschland die Macht in die Hand bekämen, die Alliierten sofort alle Unterhandlungen abbrechen und den vorläufigen Frieden rückgängigmachen würden.

Eine adere Meldung besagt, die deutschen Politiker sollten sich vergegenwärtigen, daß Berlin besetzt würde, falls die drohende bolschewistische Gefahr nicht ein Ende hae. Die Regierung wird daher sehr energische Maßnahmen gegen den Bolschewismus treffen müssen.

Geldbrüsträgermord im Hotel Adlon.

Ein Verbrechen, wie jenes an dem Geldbriefträger Weber vom Hauptpostamt verübte, wurde Freitag vormittag im Hotel Adlon am Pariser Platz in Berlin entdeckt. Ueber die Einzelheiten wird berichtet:

Der 58 Jahre alte Geldbriefträger Oscar Lange, der auf dem Platz 8 in der Französischen Straße in der Nähe der Mauersstraße angestellt war, trat früh zur gewohnten Zeit seinen Dienst an. Er hatte 8000 Mark bares Geld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen auszugeben. Als er nicht zurückkehrte, ließ das Postamt in seiner Wohnung nachfragen. Aber auch hier war der betagte Beamte nicht wieder erschienen.

am 1. eines jeden Monats wieder neue Kurse für landwirtschaftliche Beamte.

Landwirtschaftliche Kriegsbeschädigte die an diesen Kursen teilnehmen wollen, geben wir anheim, sich mit dem unterzeichneten Ausschuß in Verbindung zu setzen.

Melsungen, den 27. Dezember 1918.

Der Ausschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

Kirchensteuer.

Es wird hiermit zur Zahlung derselben aufmerksam gemacht, daß dieselbe bis zum 1. Februar bezahlt sein muß.

Siebert, Kirchentassen-Bevovisor.

Ein schweres

Simmmenthaler Hind

steht sofort zum Verkauf bei

Georg Stöhr, Bergheim.

Hyacinthen - Zwiebeln

für Gräber, Töpfe, Beete usw. empfiehlt

Georg Pasche, Gärtner.

Die Ermittlungen ergaben, daß Gänge gegen Mittag unter den Linden beim Hotel Adlon gesehen worden war. Ein Angestellter dieses Hotels, ein Friseur, glaubte sich dann bestimmt zu erinnern, daß er ihn um 11½ Uhr noch im ersten Stock des Hotels gesehen habe.

In diesem Stock liegt eine Flucht von Räumen, die aus Salon, zwei Schlafzimmern und einem Badezimmer bestehen. Eine solche Hotelwohnung hatte ein Gast innegehabt, der sich Hausbesitzer v. Winterfeld aus Hamburg nannte. Er hatte dann unter der Vorgabe, daß er seine Eltern erwarte, noch ein Zimmer mit zwei Betten bestellt. In der vergangenen Nacht war „v. Winterfeld“ in seinen Räumen nicht mehr gewesen. Er hatte sie alle abgeschlossen.

Die Kriminalbeamten machten sich nun sofort daran, sie zu öffnen und gelangten durch ein Schlafzimmer nach dem Salon. Hier fand man den Geldbriefträger tot auf einem Sessel. Ein Sak aus der Badestube war ihm über den Kopf gehängt. Nach Abnehmen des Badelakens erkannte man auch die Art der Ausführung des Verbrechens. Die Mütze war dem Ermordeten über den Kopf gezogen. Ueber den Mund war ihm eine Serviette gebunden. Eine 9 Millimeter starke Peine war ihm um den Hals gelegt und lassoartige zugezogen. Dann war sie um den Sessel herumgelegt, so daß sie die Hände stark anschnürte.

Bestell- und Geldbrieftasche wurden bei dem Beamten unverfehrt gefunden, aber leer. Geld und Geldbriefe waren geraubt, die Umschläge, in denen sich die Werte befunden hatten, lagen durcheinander unter dem kleinen Tisch des Salons.

Auf die Ermittlung des Verbrechens haben die Oberpostdirektion und die Kriminalpolizei je 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Politische Rundschau.

Die bayerischen Postwertzeichen werden bei ihrer neuen Auflage den Ueberdruck: „Volkstaat Bayern“ erhalten.

Die Zahl der Arbeitslosen in München liegt von 11000 auf 15000. Nach Feststellung des Arbeitsamts ist die Arbeitsfreudigkeit gering.

Die ungarischen Kommunisten haben in der letzten Zeit auf bisher unbekanntem Umwegen große Geldsummen von russischen Bolschewisten erhalten.

Die neue Wahlmethode.

Die Verhältniswahl, nach der jetzt bei allen öffentlichen Wahlen gewählt werden soll, war ein bisher noch weniger bekanntes Verfahren, gerechter als die frühere Mehrheitswahl ist. Wenn z. B. früher eine Partei fünf Männer aufstellte, von denen jeder rund 3000 Stimmen bekam, während die fünf Gegenkandidaten je 2000 Stimmen bekamen, so waren die fünf Kandidaten der ersten Partei alle gewählt und die andere Partei fiel glatt durch, obwohl doch 10 000 Mann dafür gestimmt hatten. Sie waren eben nicht stark genug gegen die zusammen 15 000 Stimmen und hatten nun gar keine Vertretung.

Das ist bei der Verhältniswahl ganz anders, nur die zweite Partei bekommt hier ihre Vertretung, im Verhältnis ihrer Stimmenzahl; 10 000 zu 15 000 verhält sich zueinander wie 2 zu 3. Also bekommt die zweite Partei 2 Sitze, die erste 3. Dies auszurechnen besteht eine bestimmte Methode, auch wenn es sechs Parteien gleichzeitig sind. Die Parteien müssen ihre Kandidaten auf einer Liste geschlossen einreichen, und der Wähler kann sich nur eine der Parteilisten aussuchen, aber er darf nichts daran abändern. Das ist nun wieder ein Nachteil der Verhältniswahl, der nun in Kauf genommen werden muß.

Früher wählte man die Persönlichkeit, jetzt die Partei. Diese hat es in der Hand, wen sie durchbringen will, denn wenn von einer Liste drei gewählt sind, so gelten dafür die ersten drei. Dabei hat mancher Wähler dieser Liste nur wegen der letzten 6 gewählt, die er kannte. Macht nichts, diese mußten eben den ersten mithelfen. Erstwahlen gibt es nicht, denn wenn einer durch Tod usw. ausscheidet, rückt einfach der Nächste der Liste auf seinen Platz im Parlament. Die Lezten auf jeder Liste wissen im Voraus also, daß sie nicht mit ins Parlament kommen, obwohl die ersten, die hineinkommen, auch nicht mehr Stimmen haben. Sie haben eben einen besseren Platz auf der Liste. In der Hand der Parteien liegt also eine große Macht, vom Wähler wird Disziplin verlangt.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Melsungen, auschl. Stadt Melsungen, in Melsungen

Erbebestelle Spangenberg

Zur Zahlung der Beiträge für die Monate Oktober, November und Dezember 1918 ist letzter Termin auf Montag den 13. d. Mts. von vorm. 9 bis nachm. 6 Uhr angelegt worden.

Neiu.

Sonntag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Heinzschen Saal

Heinz Clos

Ernst und heitere Lieder

zur Laute.

.....
Presse-Stimmen. (Marburger Zeitg.) Heinz Clos, eine angenehme Erscheinung im Konzertsale, interessierte durch Geist, Herz und Humor. Man hörte prächtige Lieder und wahre Beifallsstürme dankten dem Künstler.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei H. Siebert H. Munzer, Buchdr. und Hotel Heinz, 2.00, 1.50, 1.00 und an der Abendkasse.

Deutsch-nationale Volkspartei!

Allgemeine Wählerversammlung

Sonntag, den 12. Januar 1919, nachm. 3 Uhr bei Val. Siebert

Redner: Herr Studienrat Hofmann aus Cassel.

Alle Wahlberechtigten sind hierzu eingeladen.

Deutsch-nationale Volkspartei
Ortsgruppe Spangenberg.

Deutsche Frau!

Dein Volk braucht Dich in seiner
höchsten Not!

Sei treu Deinem Wesen!

Sei treu Deiner Familie!

Sei treu deutscher Zucht und
Sitte!

Sei treu Deiner Kirche!

Sei treu dem Christentum!

Sei treu Deinem Volke!

Betätige diese Treue durch Abgabe
Deiner Stimme für die

**Deutschnationale
Volkspartei.**

Deutsche Männer Deutsche Frauen!

Helft alle, daß die Seele unseres Volkes
bewahrt bleibe vor Zerstörung der christlichen,
sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft,
Schule und Familie, sein Leib vor Erkrankung
durch Kommunismus oder Vernichtung durch
Bolschewismus. Klärt die Irrenden auf,
rüttelt die Gleichgültigen wach, sammelt die
Säumigen und Zaghaften! Weckt neuen
Lebenswillen im deutschen Volke, damit es nicht
in den Abgrund versinkt, an dem es schon steht!

Helfen will Euch bei dieser heiligen Arbeit die

**deutschnationale
Volkspartei!**

Schließt Euch in ihr zusammen. Es geht
um das Dasein und die Zukunft unseres
geliebten Vaterlandes!